

Informationen gemäß Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

a. Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen sowie des behördlichen Datenschutzbeauftragten:

Verantwortlicher im Sinne der DSGVO ist die Stadtverwaltung Bendorf, E-Mail: info@bendorf.de, vertreten durch Bürgermeister Christoph Mohr. Zum behördlichen Datenschutzbeauftragten der Stadtverwaltung Bendorf können Sie über die E-Mail Adresse datenschutz@bendorf.de Kontakt aufnehmen.

b. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten, Rechtliche Grundlage:

1. Stadtverwaltung Bendorf erhebt für den Aufbau einer öffentlichen Vereinsübersicht auf ihrer Homepage www.bendorf.de die folgenden personenbezogenen Daten:

- Name des Vereins oder der Interessengemeinschaft,
- Homepage des Vereins/Interessengemeinschaft,
- eine Kontaktemailadresse (vereinseigene oder private Emailadresse).

2. Weiter erhebt die Stadtverwaltung Bendorf für ihre interne Vereinsliste die folgenden personenbezogenen Daten:

- Name des Vereins oder der Interessengemeinschaft,
- Name des/der Vorsitzende/n oder der Geschäftsführung,
- Anschrift oder Postfach,
- Telefonnummer,
- Emailadresse (vereinseigene oder private Emailadresse),
- Homepage des Vereins.

Die Angaben unter Ziffer 1 erfolgen im Rahmen des Aufbaus einer öffentlichen Vereinsübersicht auf der Homepage der Stadt Bendorf (www.bendorf.de) und mit Hinweis auf Ziffer 2 zum Aufbau und Pflege einer internen Vereinsliste für den städtischen Dienstgebrauch (zur Kontaktaufnahme mit dem Verein in dienstlichen und städtischen Themen und Belangen, Verfassen von Serienbriefen und/oder Einladungen von städtischer Seite oder städtischen Gremien/Fraktionen) freiwillig durch den Verein oder den/die Vorsitzende/n, Geschäftsführung.

Die Betroffenen willigen in die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten ein (Art. 6 Abs. 1 S. 1 a) DSGVO).

Die Erhebung und Verarbeitung der Daten dienen der Stadtverwaltung Bendorf zu den in Ziffer 1 und Ziffer 2 genannten Zwecken. Die erhobenen Daten werden gemäß gesetzlicher und behördlicher Fristen und Vorgaben aufbewahrt.

c. Betroffenenrechte:

Als Betroffene/r haben Sie das Recht:

1. Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber der Stadtverwaltung Bendorf zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird (Art. 7 Abs. 3 DSGVO),
2. Auskunft über Ihre durch die Stadtverwaltung Bendorf verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen (Art. 15 DSGVO),
3. die Berichtigung oder Vervollständigung Ihrer bei der Stadtverwaltung Bendorf gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO),
4. die Löschung Ihrer bei der Stadtverwaltung Bendorf gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses, für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder für statistische Zwecke oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist (Art. 17 DSGVO),
5. die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen (Art. 18 DSGVO),
6. Ihre personenbezogenen Daten, die sie der Stadtverwaltung Bendorf bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen (Art. 20 DSGVO),
7. jederzeit aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 e) oder f) DSGVO erfolgt, Widerspruch einzulegen (Art. 21 DSGVO), und
8. sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren (Art. 77 DSGVO). Jede betroffene Person hat außerdem das Recht auf Beschwerde (postalisch oder per E-Mail) bei der Aufsichtsbehörde (Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Postfach 30 40, 55020 Mainz, poststelle@datenschutz.rlp.de) wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet wurden.